



Dresdner Reden 2012

12. Februar 2012

Gerhart Rudolf Baum

**„Die Menschenwürde als Herausforderung
für Staat und Gesellschaft“**

Sächsische Zeitung
Was uns verbindet.

Die Dresdner Reden 2012

Die Dresdner Reden blicken auf eine über zwanzigjährige Geschichte zurück und sind eine Institution in der Stadt. In den vergangenen Jahren war die Reihe geprägt von der völligen Freiheit der Vortragenden, zu welchem Thema sie sprechen wollten. Kein Motto stand über den Dresdner Reden, allein der „Gedanke zur Zeit“ war das verbindende Element eines Jahrgangs – sonst war es dem Redner überlassen, aus welchem Blickwinkel aus er die Welt betrachten wollte. **Die Sächsische Zeitung und das Staatsschauspiel Dresden, die die Redenreihe als Kooperationspartner ausrichten, haben sich vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse und Entwicklungen entschlossen, in diesem Jahr erstmals eine Ausnahme zu machen. Alle Rednerinnen und Redner des diesjährigen Jahrgangs setzen sich mit den Themen Extremismus und der Gefährdung der Demokratie auseinander.** Frank Richter aus dem Blickwinkel des politischen Beobachters, Gerhart Baum als streitbarer Vordenker, Andres Veiel als engagierter Künstler, Ingo Schulze und Ines Geipel als kritische Autoren und Publizisten. Unserem Glauben an die Wichtigkeit öffentlichen Nachdenkens und Diskutierens wollen wir mit dieser Auswahl nachdrücklich Ausdruck verleihen.

Frank Richter (Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und Moderator der „AG 13. Februar“)

am 5. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus

„Demokratisch für die Demokratie streiten. Der 13. Februar in Dresden“

Gerhart Rudolf Baum (Bundesinnenminister a. D.)

am 12. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus

„Die Menschenwürde als Herausforderung für Staat und Gesellschaft“

Andres Veiel (Regisseur und Autor)

am 19. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus

„Der Rechtsextremismus und das Verantwortungsvakuum“

Ingo Schulze (Schriftsteller)

am 26. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus

„Sich selbst wieder ernst nehmen – über marktkonforme Demokratie und andere Ungeheuerlichkeiten“

Ines Geipel (Publizistin)

am 4. März 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus

„Jeder schweigt von etwas anderem. Deutsche Gewaltimplantate nach 1989“

Gerhart Rudolf Baum

Meine Damen und Herren,
ich bin sehr gerne in Dresden und komme immer wieder gerne zurück. Ich danke für die Einladung, und ich danke Ihnen, Herr Krämer, für die einfühlsamen Worte zu meinem Erscheinen hier. Ich begrüße auch Herrn Schulz, den Hausherrn.

Ich hatte gestern bei der Verleihung des *Dresden-Preises* an den beeindruckenden Kriegs-, oder besser Anti-Kriegsfotografen, James Nachtwey, ein unglaubliches Erlebnis. Wir haben einen Mann gebeten, den Preis zu übergeben, der mit fünfzehn Jahren auf dem Wiener Platz mit seiner Mutter stehend, das Flammenmeer der Prager Straße mit einer Kamera, die er zufällig bei sich hatte, fotografierte. An eben diesem Platz habe ich zur gleichen Zeit mit meiner Mutter gestanden, wir hätten uns also begegnen können. Auf einer Leinwand konnte ich diese großprojizierten Bilder sehen, die ich vor 67 Jahren in Wirklichkeit gesehen habe. Ich kann Ihnen nur raten, diese ungewöhnliche Ausstellung im Militärhistorischen Museum, die in Bildern die Grausamkeiten des Krieges dokumentiert, anzusehen. James Nachtwey hat in seinen Bildern hingeschaut. Wir neigen hingegen oft dazu, wegzuschauen. Von den Krisenherden dieser Welt wollen wir oft gar nichts wissen, wir werden meist erst gezwungen, sie zur Kenntnis zu nehmen, wenn die dazugehörigen Bilder erscheinen. Ich war Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Sudan und habe versucht, die Flüchtlingskatastrophe in Darfur in den öffentlichen Fokus zu rücken, aber man entgegnete mir, es fehle an Bildern. Das ist bei Nachtwey anders, er hat genau hingesehen und hat die Toten, die Hungernden und Kranken mit einem Blick, der einerseits unbarmherzig und andererseits auch einfühlsam ist, festgehalten. Es handelt sich dabei um Personen, deren Menschenwürde auf das tiefste verletzt worden ist. Wim Wenders hat in seiner gestrigen Laudatio eine für mich erstaunliche Feststellung getroffen. Er meinte, dass durch diese Bilder der Toten und Leidenden ihre verlorene Würde ein Stück weit wiederhergestellt wird. Ich halte es für wichtig, dass Nachtwey, ein Mann mit großer internationaler Bedeutung, diesen Preis gerade in der Nähe zu jenem Jahrestag, der uns morgen bevorsteht, überreicht wurde.

Ich habe dieses Thema bewusst gewählt, um auf die fundamentale Bedeutung der Menschenwürde für unser gesellschaftliches Zusammenleben hinzuweisen und auf aktuelle Gefährdungen, denen die Menschenwürde ausgesetzt ist. Das Thema hat auch etwas mit Dresden zu tun, mit Dresden und mir, der ich den Angriff als 12-Jähriger erlebt oder besser gesagt – das wurde mir erst später klar – überlebt hatte. Das war der Einbruch des Krieges in ein bis dahin relativ behütetes Leben – ein Schock, der mir bewusst machte, wozu die Nazibarbarei geführt hatte.

Im Westen ist dieser Teil der deutschen Geschichte erst nach und nach verarbeitet worden. Bis in die 70er Jahre hinein waren wir einem Druck ausgesetzt, nun endlich einen Schlussstrich zu ziehen. Das hat sich geändert: Die offene und selbstkritische Art, wie wir mit diesem Teil unserer Vergangenheit noch immer intensiv umgehen, kräftigt unsere Demokratie. Inzwischen ist die Zahl derjenigen, die einen Schlussstrich ablehnen, erneut auf 56 % der Befragten gewachsen, bei den 18- bis 29-Jährigen sind es 65 %.

Gerhart Rudolf Baum

Der Rechtsanwalt und ehemalige Bundesminister des Innern **Gerhart Rudolf Baum**, der 1932 in Dresden geboren wurde, tritt weltweit für die Stärkung und Sicherung der Menschen- und Freiheitsrechte ein, wofür er mehrfach ausgezeichnet wurde, u. a. mit dem Theodor-Heuss-Preis (2008). In seiner Tätigkeit als Jurist leitete er u. a. die Ermittlung bei der Datenschutzaffäre der Deutschen Bahn und legte Verfassungsbeschwerde gegen das Vorratsdatenspeicherungsgesetz ein. Zudem ist er Mitglied in verschiedenen kulturellen Gremien und Vorsitzender des Kulturrats NRW.

In der früheren DDR fand diese Aufarbeitung nicht statt. Im Gegenteil: sie hielt sich nicht für mitverantwortlich. Es ist sicher eine der Ursachen für die Verführbarkeit gerade junger Menschen, dass in manchen Familien und auch in Schulen diese deutsche Vergangenheit keine Rolle gespielt hat.

Warum bleibt die Menschenwürde eine Herausforderung? Wir leben doch in einer gefestigten Demokratie.

Ein Zeithistoriker nennt sie – und ich meine, er hat Recht – eine „geglückte Demokratie“. Zum ersten Mal leben die Deutschen in einer freiheitlichen Ordnung, die sie sich zwar nicht selbst erkämpft haben nach 1945, die sie aber aufgebaut haben und heute leben. Die Bürger der früheren DDR haben sich allerdings im Jahre 1989 die Freiheit selbst erkämpft. Es war die einzige Freiheitsrevolution der deutschen Geschichte, die wirklich Erfolg gehabt hat. Schön, dass die „Steine des Anstoßes“, das Denkmal neben der Kreuzkirche, daran sichtbar erinnern.

Unsere Demokratie ist in ihrem Bestand nicht bedroht, sonst hätten wir nach unserer Verfassung sogar ein Widerstandsrecht, aber: Sie ist Gefährdungen ausgesetzt und nimmt dadurch Schaden.

Um welche Gefährdungen handelt es sich? Ich zähle einige Themen auf:

In meinem Buch, mit dem plakativen Titel „Rettet die Grundrechte“ wollte ich auf das Spannungsverhältnis zwischen Bürgerfreiheit und Sicherheitswahn aufmerksam machen. Es gibt Tendenzen zur Aushöhlung und Entleerung der Demokratie – hier in unserem Lande und vor allem auch bei der dynamischen Entwicklung Europas. Es geht um das schwindende Vertrauen der Deutschen gegenüber den Politikern, um die Krise der „repräsentativen Demokratie“. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus fordern uns heraus. Wir müssen nicht nur die Chancen sehen, sondern auch die Gefahren für die Freiheit, die mit der Internetrevolution verbunden sind, und schließlich hat die Menschenwürde eine weltweite Dimension, die uns auf eine Außenpolitik verpflichtet, die an den Menschenrechten orientiert ist.

Der „deutsche Obrigkeitsstaat“, sagt der Journalist Christian Bommarius in einer lesenswerten Biografie des Grundgesetzes, „ist mit dem Grundgesetz“ beseitigt worden. Was keine Revolution in Deutschland zustande brachte, haben die Verfasser des Grundgesetzes geschafft. Sie haben die Legitimation des Staates an eine sittliche Idee gebunden und dies in einem Satz zum Ausdruck gebracht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das ist die zentrale Botschaft unseres Grundgesetzes, Menschenwürde überwölbt das ganze Grundgesetz und bestimmt es. Bommarius nennt das eine „kopernikanische Wende“ im deutschen Staatsverständnis. Träger dieser Grundrechte sind nicht mehr nur die Deutschen, sondern alle hier lebenden Menschen. Es sind vorstaatliche „natürliche“ Rechte, die jedermann zustehen, auf die niemand verzichten kann. Sie sind, anders als in früheren Verfassungen, keine bloßen Absichtserklärungen, sondern einklagbares bindendes Recht. Die Verfassung reagiert damit auf das Versagen der Weimarer Republik und vor allem auf die Barbarei, die danach folgte. „Der Staat beherrscht nicht nur durch das Recht, er wird selbst von den Grundrechten beherrscht“, sagt Bommarius.

„Der Zweck des Staates ist danach allein der Mensch, der Zweck des Staates ist die Freiheit“. Das sind Worte aus dem Jahre 1670, Worte des großen niederländischen Philosophen de Spinoza. Es geht um den unvergleichlichen Wert eines jeden Menschen – ein Gedanke, wie er schon bei den Stoikern und vor allen Dingen in der Aufklärung u. a. bei Kant entwickelt worden ist. Er mündet in die beiden Grundpfeiler demokratischer Entwicklung: in die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 und in die Verfassung der französischen Revolution von 1789. Der Philosoph Habermas sagt: „Die Menschenwürde bildet das Portal, durch das der egalitär-universalistische Gehalt der Moral ins Recht transportiert wird“. Er erinnert auch an die „philosophische Aneignung von Motiven und Denkfiguren der christlichen jüdischen Überlieferung“ und an die „Gottesebenbildlichkeit“ des Menschen. In einer früheren Entwurfsfassung von Artikel 1 des Grundgesetzes sollte Menschenwürde wie folgt definiert werden: „Der Mensch ist nicht um des Staates Willen da, sondern der Staat um des Menschen Willen.“

Es gibt in der deutschen Staatsrechtslehre eine Minderheitstendenz, die den Menschenwürdeschutz abhängig machen will von der jeweiligen Situation und den konkreten Umständen. So wird behauptet: Das Grundgesetz ist für den terroristischen Ernstfall nicht gerüstet. Man sollte eine Güter abwägung vornehmen, und in bestimmten Situationen sei eine „rechtsstaatlich domestizierte“ Folter durchaus vertretbar. Folter lässt sich nicht domestizieren. Verfassung, Verfassungsrechtsprechung und auch das Völkerrecht lassen daran keinen Zweifel. Auch ein so genannter Ausnahmezustand rechtfertigt nicht die Abweichung von den fundamentalen Prinzipien der Menschenwürde.

Die europäischen Grundrechte und diejenigen der europäischen Demokratien basieren natürlich auch auf dem Prinzip der Menschenwürde. Dennoch wird u. a. in einer kürzlich veröffentlichten alarmierenden Stellungnahme des Verfassungsrichters Johannes Masing die europäische Grundrechtscharta nicht als gleichwertiger Ersatz für unsere Grundrechte angesehen. Konflikte bahnen sich an. Sie können sich sehr schnell auf das deutsche Schutzniveau negativ auswirken. Dieses ist hoch angesetzt und vom Bundesverfassungsgericht immer wieder verteidigt worden.

Unsere staatlichen Organe haben sich z. B. bei der Bekämpfung terroristischer Kriminalität nicht strikt an das Menschenwürdigkeitsgebot gehalten. Das Bundesverfassungsgericht ist dieser Tendenz in einer Reihe von Entscheidungen entgegengetreten. Die Philosophie dieser Rechtsprechung hat der Verfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem wie folgt beschrieben: „Wenn man angesichts solch neuer Bedrohungsszenarien die Qualität des Rechtsstaates nicht aufgeben will, dann muss man die Prämissen des Rechtsstaates an diese neuartigen Gefährdungen und Instrumente anpassen, ohne sie aufzugeben.“

Niemand wird bestreiten, dass wir neuen Gefährdungen ausgesetzt sind – etwa durch islamistische Extremisten – und dass wir uns auf diese Gefährdungen einstellen müssen. Aber eben nicht so, dass wir den Blick auf die Freiheit verlieren. Es gibt kein Grundrecht auf „Innere Sicherheit“. Wir müssen lernen, mit Risiken umzugehen. Wir wollen sie vermeiden. Alles was wir tun, muss aber in Bezug auf die Freiheit geschehen. Lauschangriff, Abschuss gekapertter Passagiermaschinen, Rasterfahndung, Onlinedurchsuchung, Vorratsdatenspeicherung – das waren die Themen einiger Urteile des Bundesverfassungsgerichts.

Die Schaffung von Persönlichkeitsprofilen – das ist die wachsende Gefahr in der Internetgesellschaft. Der gläserne Mensch – das ist schon Wirklichkeit! Datensammlungen erfolgen ohne konkreten Verdacht, also ins Blaue hinein – Persönlichkeitsprofile betreffen uns, die unbescholtenen Bürger, die wir doch das Volk sind, von dem alle Souveränität ausgeht. Die Vorratsdatenspeicherung macht diese Gefahr deutlich. Alle Telekommunikationsdaten von uns allen sollen monatelang gespeichert bleiben. Die ganz und gar unverhältnismäßige massenhafte Handyerfassung hier in Dresden anlässlich der Demonstrationen des Jahres 2011 ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Sicherheitsorgane, die es bei solchen Einsätzen wahrlich nicht leicht haben, aus dem Ruder gelaufen sind. Wir dürfen uns nicht gefallen lassen, dass wir bei der Wahrnehmung eines fundamentalen Grundrechts – das auf Versammlungsfreiheit – staatlicher Erfassung ausgesetzt sind. Auch die Videoüberwachung von Demonstrationen durch die Polizei ist nicht unbeschränkt erlaubt – nur dann, wenn es sich um erhebliche Gefahren für Sicherheit und Ordnung handelt. Verdachtsunabhängige Überwachungen von Versammlungen sind nicht zulässig. Das BVerfG hat mit aller Deutlichkeit immer wieder festgestellt: Eine Demokratie gedeiht nur, wenn die Bürger sich unbeobachtet wissen bei der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte. Friedliche Demonstrationsteilnehmer müssen in Ruhe gelassen werden.

Vergessen wir nicht: Das Versammlungsrecht ist eines der wenigen Mittel gegen die oft beklagte Ohnmacht der Bürger. Dem Einzelnen bleibt außer dem Engagement in Parteien und Verbänden nur die Möglichkeit – wie das Verfassungsgericht dies ausdrückt – „sich mit vielen anderen auf die Straße zu stellen.“ Auch wenn die Versammlungsfreiheit für alle Bürger gilt, so hat doch der Protest der Demokraten eine andere politische Qualität als der Aufmarsch von Verfassungsgegnern, die nichts lieber tun würden, als dieses Grundrecht, das sie in Anspruch nehmen, abzuschaffen. Es sind schwierige Abwägungen, die die staatlichen Organe vor Ort in solchen Konfliktsituationen vornehmen müssen. Doch sollten sie sich bewusst sein, dass die Verteidigung der freiheitlichen Verfassung eine andere politische Qualität hat als der Versuch, sie abzuschaffen.

Eine weitere Gefahr für die Privatheit sind Computerdurchsuchungen und Überwachungen, wie der Trojanerskandal kürzlich gezeigt hat. Der Computer ist heute ein Inbegriff unserer Privatheit, eine Art Seelendepot. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Eingriff des Staates enge Grenzen gesetzt.

In einem Bischofswort hat die katholische Kirche Deutschlands kürzlich zu Recht gefordert, dass freiheitliche und demokratische Staaten sich nicht auf einen, wie es heißt: „Wettlauf mit der Barbarei“ einlassen dürfen. „Die Menschenrechte und die Würde des Menschen stehen niemals unter Terrorismusvorbehalt“. Und das hat – füge ich hinzu – weltweit zu gelten. Nach den Anschlägen des 11. September haben auch die Diktaturen von einem sogenannten Terrorismusrabatt gezehrt, der sie vor Kritik verschont hat, wenn sie nur den Al-Qaida-Terrorismus mit zu bekämpfen versprochen.

Seit Jahrzehnten beobachten wir in unserem Lande eine sicherheitspolitische Aufrüstung. Die polizeiliche Sicherheitslogik hat stark an Boden gewonnen. Der Versuch einer umfangreichen Risikosteuerung führt dazu, dass sich die Grenzen zwischen Unschuldigen und Schuldi-

gen, zwischen Verdächtigen und Unverdächtigen, zwischen Polizei und Verfassungsschutz verwischen. Prävention bestimmt immer mehr das staatliche Handeln. Der Präventionsstaat ist unersättlich. In seiner Logik liegt es, dem Bürger immer mehr Freiheit zu nehmen und ihm dafür angebliche Sicherheit zu geben.

Die heutige Politik der inneren Sicherheit folgt eher den Spuren von Thomas Hobbes, der den Staat als Aufsichtsbehörde sieht, die als Gegenleistung für den Schutz den Gehorsam seiner Bürger beansprucht. Doch nicht Hobbes war der Vater des liberalen Verfassungsstaates, sondern John Locke. Zwar zahlt der Bürger auch bei ihm mit Gewaltverzicht und Rechtsgehorsam für den staatlichen Schutz, doch zugleich ist er auch als freier Bürger sicher vor dem Staat. Ein Verfassungsrichter hat sich kürzlich darüber beklagt, „dass man sich den Staat nicht mehr durch anständiges Verhalten vom Leibe halten kann“. Es gibt ein Recht des Staatsbürgers, in Ruhe gelassen zu werden.

Die legalen staatlichen Überwachungsmaßnahmen ufern aus. Dazu ein Beispiel: bei der Telekommunikationsüberwachung ist unser Land mit über 45.000 abgehörten Anschlüssen und damit statistisch etwa 100 Mio. belauschter Gespräche pro Jahr ein Spitzenreiter im internationalen Vergleich. Das Mobiltelefon wird – wie Konstanze Kurz und Frank Rieger in ihrem beachtenswerten Buch „Die Datenfresser“ sagen – „zur Ortungswanze in der Hosentasche“. Ich kritisiere, um dies noch einmal klarzustellen, die Ausuferung staatlicher Überwachungstätigkeit. Ich bestreite nicht, dass der Staat auch der neuen Form der Kriminalität, die mit dem Internet verbunden ist, entschieden entgegenwirken muss, z. B. der wachsenden Kriminalität im Internet.

Staatliche Organe werden durch Parlamente und Gerichte noch einigermaßen kontrolliert. Neue Gefahren drohen durch die digitale Revolution zunehmend von privater Seite, vor allem durch die neuen Datenimperien, die eine bisher nicht vorstellbare Macht ausüben. Google hat allein etwa 1 Milliarde Suchanfragen pro Tag. Facebook hat 800 Mio. Mitglieder weltweit, Amazon wickelt bis zu 13 Mio. Bestellungen am Tag ab. Ob wir es wollen oder nicht: Wir geben täglich Informationen über uns preis, ohne das im Einzelnen zu wissen und ohne zu ahnen, wie sie in Zukunft verwendet werden. Es ist eine „Datenwährung“, mit der wir für die kostenlosen Internetdienste bezahlen. Die Konzerne sammeln, verknüpfen, verwerten, verkaufen unsere Daten. So gut wie keine Spur, die wir hinterlassen, verschwindet aus dem Netz. Das Grundsatzurteil zum Bundesdatenschutz von 1983 – mit Recht „Magna Charta“ des Datenschutzes genannt – ist nicht konsequent weiterentwickelt worden, weder national noch international. Soweit Schutz überhaupt noch funktionieren kann – er wird uns nicht gewährt.

Die gerade veröffentlichten Datenschutzvorschläge der EU sollen die Rechte der Betroffenen stärken u. a. durch ein „Recht auf Vergessen“. Ob diese Vorschläge dafür taugen oder gar im Einzelnen uns zwingen, das geltende Niveau zu senken, muss genau überprüft werden. Auch das neue internationale Urheberrechtsabkommen ACTA bedarf der Diskussion.

Niemand wird die Vorteile bestreiten, die mit der digitalen Revolution verbunden sind. Sie entwickelt sich mit großer Dynamik und bietet natürlich eine Fülle neuer Chancen. Denken wir nur an ihre Rolle bei den Freiheitsaufständen in der arabischen Welt. Sie hilft im Freiheits-

kampf, ist aber auch eine gefährliche Waffe in den Händen der Machthaber. Die Internetrevolution ist ein historischer Einschnitt, vergleichbar mit der Einführung des Buchdrucks oder mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts und aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Wir müssen sie zugleich nutzen und bändigen.

Ich warne aber vor Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Internet. Wir haben, entgegen landläufiger Meinung, doch eine Menge zu verbergen. Und sollten sehr vorsichtig sein mit der freiwilligen Preisgabe unserer Privatheit. Die Schaffung von Persönlichkeitsprofilen ist die wachsende Gefahr in der Internetgesellschaft. Der gläserne Mensch ist schon Wirklichkeit. Datensammlungen erfolgen zunehmend ohne konkreten Verdacht, Persönlichkeitsprofile betreffen uns, die unbescholtenen Bürger, obwohl wir doch eigentlich der Souverän sind. Wir werden kontrolliert und registriert. Die ganz und gar unverhältnismäßige massenhafte Hand erfassung in Dresden, anlässlich der Demonstration des Jahres 2011, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Sicherheitsorgane aus dem Ruder gelaufen sind. Das hat mit dem Grundgesetz nichts mehr zu tun. Wir dürfen uns nicht gefallen lassen, dass wir bei der Wahrnehmung des fundamentalen Grundrechts auf Versammlungsfreiheit einer Erfassung ausgesetzt sind. Das gilt übrigens auch für die Überwachung von Demonstrationen, die nur in ganz besonderen Situationen möglich ist. Eine verdachtsunabhängige Überwachung von Versammlungen ist nicht zulässig. Die Demokratie, hat das Verfassungsgericht festgestellt, gedeiht nur, wenn sich die Bürger bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte unbeobachtet wissen. Friedliche Demonstrationsteilnehmer müssen in Ruhe gelassen werden. Einschüchterung, so das Verfassungsgericht, darf es nicht geben. Ich habe hier in Dresden den Eindruck, dass friedlich Demonstranten allzu schnell kriminalisiert worden sind. Dieses Vorgehen geht am Versammlungsrecht und seiner fundamentalen Bedeutung für die Demokratie vorbei. Das Versammlungsrecht ist eines der wenigen Mittel, die der Bürger überhaupt in der Hand hat, um politisch mitzuwirken. Dem Einzelnen bleibt, außer dem Engagement in Parteien und Verbänden, nur die Möglichkeit, wie es das Verfassungsgericht ausdrückt, sich mit vielen anderen auf die Straße zu stellen. Der Protest der Demokraten – und das sage ich hier mit Nachdruck – hat eine andere politische Qualität als der Aufmarsch von Verfassungsgegnern, diese würden nämlich nichts lieber tun, als dieses Grundrecht, das sie jetzt für sich in Anspruch nehmen, so schnell wie möglich abzuschaffen, wenn sie an der Macht wären. Und dem müssen sich die Demokraten entgegenstellen, wie das auch hier in Dresden geschieht.

Fremdenfeindlichkeit ist nach wie vor eine Herausforderung für alle Demokraten. Ernstzunehmende Untersuchungen zeigen, dass in Deutschland eine „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ existiert. In der großen Bielefelder Analyse „Deutsche Zustände“ zeichnet Wilhelm Heitmeyer das Bild einer rohen Bürgerlichkeit. Sie zeigt sich nicht nur in der Abwertung der sozial Schwachen, sondern auch in einer wachsenden Islamfeindlichkeit, nun auch bei wohlhabenden Mittelschichten. Die Radikalisierung kommt also nicht nur von den Rändern, sondern auch aus der Mitte der Gesellschaft. Thilo Sarrazin hat eine schlimme Saat gesät, wenn er in seinen Thesen zur Intelligenz von Einwanderern die kontinuierliche Zunahme der weniger Stablen, weniger Intelligenten und weniger Tüchtigen konstatiert. Hier fand eine diffamierende Ausgrenzung der Moslemeinwanderer statt.

Fremdenfeindlichkeit ist ein Antrieb der Rechtsextremen. Es war ein Schock, als wir erfahren, dass es mit der Zwickauer Zelle eine rechtsextremistische Terrorgruppe gab, die jahrelang unerkannt morden konnte. Opfer waren vor allem Migranten, bei denen die Polizei in diskriminierender Weise zunächst eine Verstrickung in kriminelle Milieus vermutet hatte. Diese Zelle hatte einen Nährboden in zahlreichen Gruppierungen, bis in die NPD hinein, der bis heute besteht. Vieles ist nicht neu. Es wurde verdrängt. Nun ist das Land hoffentlich aufgewacht und nimmt die Gefahren ernst. Extremismus droht von links und von rechts: es werden ca. 6800 gewaltbereite Extremisten auf der linken Seite gezählt und ca. 9500 auf der rechten.

Gefährlich sind die extremistischen Milieus. Sie gibt es nicht nur in der früheren DDR. Auch im Westen sind sie aktiv. Bedrückend ist die Situation vor allem in bestimmten ländlichen Regionen oder in Stadtteilen, wo gut vernetzte Strukturen sich mit der Verunsicherung der Bevölkerung und feindseligen Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen zu einer hoch problematischen Gemengelage verbinden.

In der Tat sind z. B. in der Sächsischen Schweiz Parallelgesellschaften entstanden, in denen die demokratische Bürgergesellschaft in die Defensive gedrückt wird und sich eine neue Angstkultur etabliert hat. Die Bürgergesellschaft muss große Anstrengungen unternehmen, um vor allen Dingen Jugendliche für die Demokratie zu gewinnen. In Pirna hat man dazu gute Arbeit geleistet. Es gibt eine Reihe erfolgreicher Ausstiegsprogramme. Gute schulische und berufliche Ausbildung können vieles verhindern. Die Betreuung orientierungsloser Bürger darf nicht der NPD überlassen werden.

Ein Wort noch zur NPD-Verbotdiskussion: Mit einem Verbot wäre der Spuk nicht vorbei. An einer politischen Auseinandersetzung kommen wir nicht vorbei. Das Übel muss an der Wurzel bekämpft werden. Parteiverbote – wir haben damit keine guten Erfahrungen gemacht – dürfen immer nur das letzte Mittel sein. Andere Demokratien kennen Parteiverbote nicht. Die Hürden in Karlsruhe liegen hoch!

Die großen Städte sind längst auf dem Wege zur Vertiefung der Demokratie. Sie müssen die Zentren der demokratischen Kultur sein. Dieses wünsche ich mir besonders auch für meine Heimatstadt Dresden. Ich wünsche mir auch, dass die Demokraten sich in der Abwehr der extremistischen Gefahr zusammenschließen und gemeinsam handeln und nicht den kleinen politischen Vorteil suchen.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus besteht nicht nur darin, einmal im Jahr den Aufmärschen in Dresden entgegen zu treten. Sie muss kontinuierlich erfolgen – auch mit selbstkritischer Erinnerung an die Verstrickungen der Stadt mit dem Naziregime. Das ist beispielhaft mit der Ausstellung und mit den Untersuchungen zu den „Verstummten Stimmen“ geschehen, dankenswerter Weise veranlasst durch Oper und Staatsschauspiel. Es ging um diejenigen in den Dresdner Theatern, die durch die Nazis vertrieben worden sind. Es ist erfreulich, dass sich mit dieser Thematik jetzt in Dresden auch Schulklassen befassen. Und noch eins: Das Erinnern darf nicht von Selbstmitleid geprägt sein. Der Krieg hat unendliches Leid über viele Menschen gebracht, nicht nur über Dresden. Die gestern eröffnete Ausstellung des

Kriegsfotografen James Nachtwey macht deutlich, wohin Kriege führen. Allerdings bewegt mich immer noch die Frage „Warum Dresden, warum Dresden so kurz vor dem Ende des längst entschiedenen Krieges?“

Wenn wir junge Menschen für die Demokratie gewinnen wollen, müssen wir auch deren Schwächen bekämpfen. So befindet sich die repräsentative Demokratie in einer Vertrauenskrise. Die Mehrheit der Bürger vertritt seit Jahrzehnten die Auffassung, dass in einer echten Demokratie wichtige politische Fragen vom Volk und nicht von Politikern entschieden werden sollten. Erschreckend ist das wachsende Misstrauen gegenüber den Politikern. Die Auffassung, Abgeordnete würden in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten, ist in den letzten 20 Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Heute bringen dieses Vertrauen nur noch 15 % der Befragten auf. Daraus folgt: Wir müssen den Mut haben, neue Formen der direkten Demokratie zu erproben, ohne die repräsentative Demokratie zu schwächen. Allein sie ist in der Lage, Interessenkonflikte auszugleichen und Minderheiten zu schützen. Es muss das Vertrauen in die Parteien gestärkt werden. Meine Erfahrung sagt mir, dass die Mehrheit der Volksvertreter ihre Aufgabe sehr ernst nimmt und hart arbeitet und sehr wohl am Gemeinwohl orientiert ist. Parteienkritik ja, Parteienverachtung nein. Ein berühmter deutscher Jurist hat zu Recht festgestellt: „Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an einem demokratischen Minderheitskomplex“. Es bleiben wichtige Aufgaben: Die allmähliche Öffnung der Parteien für Nichtmitglieder; die Einschränkung der Rolle der Parteien, die sich eine Monopolstellung anmaßen; die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung, um nur einige zu nennen.

Eine Demokratieentleerung droht der Europäischen Union in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Nur langsam finden die verantwortlichen Politiker einen Weg aus der Gefahr, hin zu Schuldenabbau, zur Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und zur Bändigung des Weltfinanzsystems. Deutschland kann sich seiner Verantwortung nicht entziehen. In der Krise steckt auch die Chance für einen neuen Anfang. Europa ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allen Dingen ein politisches Projekt. Europa ist eine Wertegemeinschaft und diese muss stark genug sein, um bei einer Lösung der globalen Probleme mitreden zu können. Europa muss sich neu verfassen, und das ist nur möglich, wenn dem Volk, den Völkern Europas, ihren Bürgern und Parlamenten stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Bisher handeln vor allem die Regierungen. Europa muss sich – wie Habermas das ausdrückt – auf den Weg zu einer „transnationalen Demokratie“ machen.

Zur Glaubwürdigkeit unserer Demokratie gehört auch, dass wir das Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes ernst nehmen. Auf eine ökonomisch effektive Gesellschaft können wir nicht verzichten, aber eben auch nicht auf „Brüderlichkeit“, um diesen alten Begriff zu verwenden. Das scheinbar Nutzlose darf nicht abgewertet werden. Wirtschaftliche Effizienz und persönlicher Vorteil führen nicht automatisch und selbstverständlich zum allgemeinen Wohl.

Auch das Schicksal der vielen Armutsfüchtlinge auf den kenternden Schiffen im Mittelmeer, die oft unmenschliche Abschiebung hier lebender Flüchtlinge – all das darf uns nicht gleichgültig lassen.

Im Verhältnis zu den zugewanderten Mitbürgern sollten wir uns an den schönen Satz von Wilhelm Graf halten: „Wir sollten das Grundgesetz nicht taufen“. Unsere Mitbürger haben nicht die Pflicht, irgendwelchen Werten zuzustimmen. Sie haben allerdings – wie wir alle – die Pflicht zum Rechtsgehorsam. Und es ist das Grundgesetz mit seinen Werten, das den Ordnungsrahmen für das Zusammenleben der Bürger bildet. Es bedarf keiner unklar definierten Leitkultur, mit der eher Ausgrenzung bewirkt wird.

Menschenwürde hat auch eine wichtige außenpolitische Dimension. Wir Deutschen leben in einem freien Land, befreit vom Unrechtsregime. Wir haben, meine ich, eine besondere Verpflichtung – nämlich: Verbündete von Unterdrückten in aller Welt zu sein. Das internationale Recht ist heute ein Weltbürgerrecht. Ein Recht von Individuen. Diese müssen geschützt werden. Kann oder will ein Land angesichts schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen dieser Verantwortung nicht gerecht werden, geht sie auf die Staatengemeinschaft im Sinne einer Schutzverantwortung über. Das ist die neue Doktrin der Vereinten Nationen, die in Libyen zur Anwendung gekommen ist, leider nicht in Syrien. In Syrien hat der Sicherheitsrat wegen des Vetos von Russland und China nicht einmal die Gewalt gegenüber den Zivilisten verurteilt. Hier versagt die Völkergemeinschaft erneut, wie schon bei den Massakern in Ruanda und Srebrenica.

Ich komme zum Schluss:

Trotz allem: wir leben in einer gefestigten Demokratie. Andere Völker beneiden uns auch wegen der wirtschaftlichen Erfolge. Dazu braucht es Menschen, die Mut haben, auch den Mut, Verantwortung zu übernehmen. Menschen, die bereit sind zum Risiko. Menschen, die auch Unsicherheit ertragen können. Erich Fromm sagt: „Der freie Mensch ist notwendigerweise unsicher; der denkende Mensch ist sich notwendigerweise seiner Sache nicht gewiss.“

„Wir sollten diesen Staat als unseren Staat betrachten, allerdings nicht nur im Sinne einer hübschen Redensart zur Erbauung, sondern in dem Sinne, dass wir in diesem Staat für das verantwortlich sind, was geschieht. Eine Verfassung mag noch so schön sein – sie ist immer nur ein Angebot, von ihren Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Dass aus Verfassung Staat wird, liegt in unserer Hand. Das haben wir zu bewirken“, sagte Carlo Schmidt beim Inkrafttreten des Grundgesetzes.

Menschenwürde und Freiheit schenken sich nicht. Sie müssen immer wieder erkämpft werden. Die Demokratie bewahrt und stärkt man am besten dadurch, dass man sie bewusst und aktiv lebt – auch und gerade dann, wenn es schwer fällt.

Spielzeit 2011.2012

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Kaufmännischer Geschäftsführer: Christian Krentel-Seremet → Gestaltung: Andrea Ørsted → Alle Rechte liegen bei den Rednern.

Dresdner Reden 1992 – 2012

1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

2010

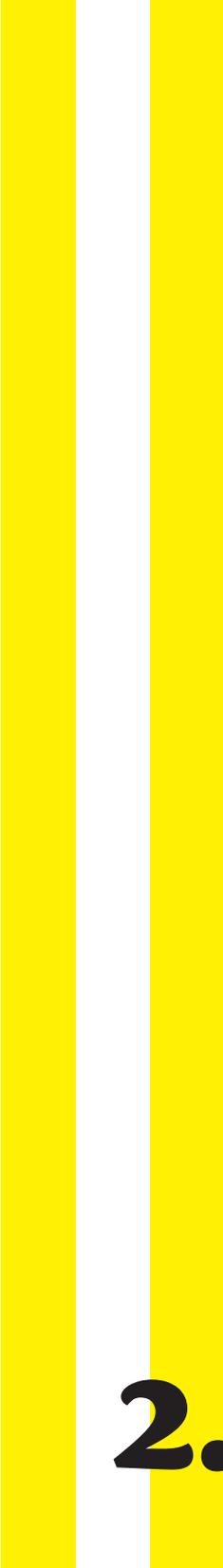
Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel



2.2012